

Monatsbericht September 2002

- 1 - Allgemeine politische Lage**
- 2 – Mazedonien**
- 3 – Behandlung psychischer Störungen**

1 - Allgemeine politische Lage

Im Hinblick auf die Schließung der Infostelle wird dieser Bericht sich vor allem mit einem letzten Überblick über die allgemeine Situation im Kosovo und Mazedonien befassen. Obwohl sich sicherlich in den letzten drei Jahren vieles gebessert hat, so gibt es doch vor allem in der Politik immer wieder Rückschläge, die sich auf das Sozialwesen und damit auf die Rückkehr nicht nur von Minderheiten, sondern auch von Kosovoalbanern negativ auswirken.

Unglücklicherweise weist der Trend im September 2002 eher auf eine Verschlechterung der Gesamtlage hin.

Während intern vertriebene Kosovoserben in Serbien mit Massentrückkehr drohen, steigert sich die Polemik nicht nur zwischen den Politikern des Kosovo, Serbien und Mazedonien ins Lächerliche. Ob dies wirklich zur Eskalation führen wird, ist fraglich, doch kann von Frieden und Versöhnung in der Region wahrlich nicht die Rede sein. Alle gegeneinander und alle – allerdings nicht gemeinsam – gegen die internationale Gemeinschaft, so kann man die derzeitige Stimmung wohl am besten zusammenfassen.

Und wieder einmal sind die Medien aller dieser Länder eifrig darum bemüht, diese ohnehin schlechte Stimmung noch anzuheizen.

So wurde die Rugova-treue Tageszeitung *Bota Sot* von der OSZE zu einem Bußgeld verurteilt, nachdem sie die anderen beiden großen Tageszeitungen der Kollaboration mit Belgrad beschuldigt hatte und dabei sogar Namen nannte. Die Art der Anschuldigung, vor allem vor den kommenden Wahlen, ist die populärste und kann Menschenleben in Gefahr bringen.

Die Art, wie selbst Journalisten, bei denen man eine gewisse Bildung und Objektivität voraussetzen würde, die UNMIK auf polemische Weise angreifen, lässt viele Hoffnungen schwinden. So wird bei der regelmäßigen UNMIK-Presskonferenz die UNMIK wiederholt beschuldigt, nur albanische und keine serbischen Kriminellen festzunehmen, zu brutal zu sein, die albanische Bevölkerung mit den Festnahmen der ehemaligen UCK-Kämpfer zu provozieren und ähnliches¹.

¹ UNMIK Press Briefing, 13 August 2002

Am 10. September berichtet *Koha Ditore*², dass Serben angeblich folgende Petition im Internet und anderen Medien vor allem in Amerika verbreiteten: Mehrere amerikanische Kongressabgeordnete empfehlen in der Resolution 467 die Unabhängigkeit des Kosovo. Gegen diese Vorhaben müssten Serben ganz massiv angehen, da die orthodoxe Kirche, die serbische Kultur und serbischer Reichtum bedroht seien. Sie führten weiter an, dass unter der albanischen Mehrheit Serben und andere Minderheiten unter Angst lebten, dass Kirchen, Klöster und andere kulturelle Monumente systematisch zerstört würden. Sie schlossen mit der Theorie, dass ein unabhängiger Kosovo nur zur Fragmentierung einer instabilen Region führen würde und somit Terroristen anziehen würde, die wiederum Amerika gefährdeten.

Auch der mazedonische Premierminister Georgievski beschuldigte den Kosovo, extremistische Aktionen gegen Mazedonien zu unterstützen.

Kosovos Premierminister Rexhepi wiederum qualifizierte die Festnahmen ehemaliger UCK-Kämpfer als politisch motiviert. Wörtlich bezeichnete er sie als „Geiseln des politischen Prozesses“³. In einer sehr harten Rede bezichtigte er die UNMIK der Mandatsüberschreitung, da diese „Träger des Freiheitskampfes“⁴ für angebliche Verbrechen zwischen 98 und Juni 99 angeklagt würden, eine Periode, die nicht in den Machtbereich der UNO fällt. UNMIK jedoch bleibt hart und betont, dass es sich um Verbrechen nach Juni 99 handelt. Weiterhin erinnerte die UNMIK-Verwaltung daran, dass Gesetz und Ordnung in ihren Händen liege.

Die UNMIK kann es im Moment niemandem so ganz recht machen: Ein hoher Politiker der Republika Srpska wurde von KFOR der Provinz verwiesen, woraufhin Bischof Artemije, ansonsten ein moderater Mann, Einspruch erhob⁵.

Alles in allem kann man sagen, dass die Beziehung zwischen Kosovaren und Internationalen einen absoluten Tiefpunkt erreicht, denn nun zweifeln die Kosovaren auch an den Zielen der internationalen Gemeinschaft was ihren entgeltigen Status angeht. Eine politische Kampagne hat begonnen, die die UN-Verwaltung beschuldigt, Belgrads Kontrolle über den Kosovo wiederherstellen zu wollen.

Am 16. August eskalierte diese Haltung in einem Protest in Decan, im Westen der Provinz, bei der 52 Demonstranten und 11 Polizisten verletzt wurden⁶.

Eine Tageszeitung warf der UNMIK vor, eine ähnliche Diktatur wie die unter Milosevic auszuüben.

Mehrere Faktoren führten dazu, dass die Bevölkerung sich betrogen fühlt:

- Das Abkommen zwischen UNMIK und Serbien vom Dezember 2001, dass eine Kooperation zwischen den beiden Parteien etabliert.
- UNMIKs Versagen, die geteilte Stadt Mitrovica in den Griff zu bekommen
- Das Versagen der UN-Polizei Ende August, den einflussreichen serbischen Arzt und Politiker Milan Ivanovic, der für die sogenannten Brückenwächter in Mitrovica zuständig ist, zu verhaften und
- Die Weigerung der EU, Montenegro als unabhängigen Staat anzuerkennen.

² Wichtigste Kosovo Tageszeitung

³ *Koha Ditore*, 20.8.02

⁴ *ibid*

⁵ OSCE News, 30.8.02

⁶ Institut for War and Peace Reporting, Balkan Crisis Report, No. 361, August 23, 2002; alle Tageszeitungen

Das wirklich gefährliche an diesen Protesten und der Medienpropaganda ist die Tatsache, dass sie ganz offensichtlich von albanischen Politikern unterstützt werden.

Agim Ceku, der Kommandant der TMK (ehemalige UCK-Kämpfer) befand, dass „die Kosovaren und die internationale Gemeinschaft noch einmal überprüfen sollten, ob sie die selben Ziele verfolgen, oder ob diese an irgendeinem Punkt auseinandergehen.“⁷

Selbst der gemäßigte und sehr intelligente Herausgeber des *Koha Ditore*, Veton Surroi, bezichtigt das von der UNO-Verwaltung gebildete Rechtssystem als „ethnisch selektiv“!⁸

Am bedenklichsten aber ist die Drohung des albanischen Premiers Rexhepi: Sollte die Frage der Unabhängigkeit nicht bald gelöst werden, würden „radikale Gruppen innerhalb der albanischen Bevölkerung stärker und könnten einen neuen Konflikt mit weitreichenden Forderungen, wie die Bildung eines Großalbaniens, provozieren.“ Es gäbe „keine Alternative“ als die Unabhängigkeit des Kosovo, bestätigte er.⁹ Dass eventuelle extremistische Gruppen für einen Aufstand zumindest materiell bereit sind, zeigen die riesigen Waffenlager, die glücklicherweise nach und nach von KFOR entdeckt werden. Ende August fand KFOR einen Bunker, der 6.350 Granaten enthielt. Nur drei Tage zuvor wurde ein ähnliches Depot entdeckt¹⁰.

Die bevorstehende Rückkehr der serbischen Bevölkerung wird jedoch nicht nur durch die albanischen Prostete erschwert. Selbst die als sehr moderat geltende Spitzenpolitikerin und Vorsitzende der serbischen Partei *Povratak* drohte mit einem Rückzug ihrer Partei aus dem kosovarischen Parlament, falls Dr. Milan Ivanovic (siehe oben) festgenommen werden würde. Ihrer Meinung nach gibt es keine ausreichenden Beweise gegen den Präsidenten des *Serbischen Nationalen Rates*. UNMIK dagegen beschuldigt ihn weiterhin des versuchten Mordes in Verbindung mit den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Serben und der internationalen Polizei in Mitrovica im April. Die internationale Verwaltung bittet Belgrad Ivanovic an den Kosovo auszuliefern¹¹.

In dem Bestreben, die UNMIK-Verwaltung zu diskreditieren, werden angeblich serbische Angestellte im Gesundheitswesen, die mit der internationalen Gesundheitspolitik nicht einverstanden waren und ihren Dienst quittierten, von Belgrad mit 500 € monatlich belohnt¹².

Vor einigen Wochen kehrten einige Serben in das Dorf Bince bei Klina zurück. Da diese Rückkehr scheinbar reibungslos verläuft, ist nun eine Rückkehr von weiteren serbischen Kosovaren in den Nachbarort Shtupel geplant. Doch am 23. August protestierten die albanischen Einwohner dieses Ortes gegen diese Rückkehr. Mit Slo-

⁷ *ibid*, Übersetzung Ch.K.

⁸ *ibid*

⁹ *ibid*, Übersetzung Ch.K.

¹⁰ Kosovo Situation Report, 30 August 2002

¹¹ *ibid*, 23 August 2002

¹² *Koha Ditore*, 30.8.02

gans wie: ‚Lasst serbische Kriminelle nicht zurückkommen‘, ‚Bince hat Albaner getötet‘ und ‚UNMIK, wo sind die Vermissten von Klina?‘ reichten sie sich vor KFOR und Polizei auf. Während die Einwohner Bilder der vermissten Personen hochhielten, las ein Schulmädchen Namen serbischer Männer aus Bince vor, die angeblich für Verbrechen gegen die albanische Bevölkerung verantwortlich seien.

Diese Proteste sind sicherlich ernst zu nehmen. Die Tatsache, dass Namen genannt wurden, erinnert an solche Maßnahmen der Presse, die vor zwei Jahren zur Ermordung mehrerer Personen geführt hatten.

Aber auch gegen die eigene Bevölkerung richteten sich gewalttätige Aktionen. Die Festnahme des TMK-Kommandanten Remi löste nicht nur schwerste Proteste aus, sondern eskalierte auch in einem tätlichen Angriff Unbekannter auf einen Albaner, der angeblich gegen den Kommandanten aussagen sollte.

Noch immer wird im Kosovo häufig Selbstjustiz ausgeübt. Das Rechtssystem ist noch nicht ausgereift und viele Bürger haben keinerlei Vertrauen weder in ihre eigenen Juristen noch in die Internationalen Staatsanwälte¹³.

2 - Mazedonien

Am 15. September fanden Parlamentswahlen in Mazedonien statt¹⁴. Die vorangegangene Kampagne bewies in traurigem Maß, wie unreif auch die Politiker dieses einst so friedlichen Landes sind. Mitglieder der unabhängigen Presse wurden tödlich angegriffen und es wird allgemein angenommen, dass die herrschende Partei VMRO-DPMNE dahintersteht¹⁵. Laut einer Journalistin hatten diese Partei und die albanische PDSH unter Arben Xhaferi sich das Land praktisch aufgeteilt – im korrupten Sinn.¹⁶ Schon seit einiger Zeit ist auch der Bevölkerung klar, dass ihr Feind weder die Albaner noch die umgekehrt die Mazedonier sind, sondern die Korruption der Politiker. Dieses wurde denn auch im August von der *International Crisis Group* zum Thema eines Berichtes¹⁷. Daraufhin wurde der amerikanische Verfasser als von Innenminister Boskovski als „Krimineller“ bezeichnet und fast des Landes verwiesen. Schlimmer ist jedoch, dass mazedonische Medien übereinstimmend mit dem Politiker mehrere internationale Agenturen als „Feinde Mazedoniens“, die eine „Konspiration gegen das Land planen“ bezeichneten¹⁸.

Am Sonntag vor den Wahlen bekam ich die „Fairnis“ des Wahlkampfes am eigenen Leib zu spüren. Ich war auf dem Weg von Bitola nach Skopje (wo ich ein Interview mit James Collins von der European Union Monitoring Mission hatte, das sind Beobachter, meist (Ex)Militärs der EU). An einem Hügel kurz hinter Prilep staute sich plötzlich alles. Es stellte sich heraus, dass der Stau von den „Löwen“, der paramilitärischen Spezialeinheit des Polizeikönigs Boskovski verursacht wurde. Sie hatten kurzerhand mehrere Busse und Autos als Straßenblockade benutzt, um Branko Crve-

¹³ lesen Sie dazu *International Crisis Group (ICG), Finding the Balance: The Scales of Justice in Kosovo*, 12 September 2002

¹⁴ Die beiden „gemäßigten“ albanischen und mazedonischen Parteien gewannen.

¹⁵ IWPR, *Balkan Crisis Report*, No. 354, 31 July 2002

¹⁶ Norbert Mappes-Niedik, *Parlamentswahlen im Land der Banden*, Der Standard, 21. Juli 2002

¹⁷ ICG, *Macedonia's Public Secret: How Corruption Drags the Country Down*, 14 August 2002

¹⁸ IWPR, No. 360, 21 August 2002

novski, der Expremier und Führer der Sozialdemokraten (SDSM), an einer geplanten Wahlrede in Prilep an diesem Tag zu hindern. Der Stau dauerte den ganzen Tag.

Boskovski schreckt vor nichts zurück, um die Wahlen zu gewinnen. So sprach er von einer Festnahme Ali Ahmetis, der ehemalige – amnestierte – Rebellenführer, der heute einer der führenden albanischen Politiker ist.

Zusätzlich wurden am 25. August zwei mazedonische Polizisten getötet. Auf ihrer Website bekannte sich die albanische Rebellengruppe AKSH schuldig. Analog zu solchen Gruppen im Mittleren Osten riefen sie zur Intensivierung des Krieges auf und verkündeten „einen allgemeinen Aufstand des Volkes für die Freiheit und Wiedervereinigung der albanischen Bodens in einem Vereinten Ethnischen Albanien.“¹⁹

Viele lachen über diese neue Splittergruppe, doch EUMM bestätigte mir, dass man diese Gruppe durchaus ernst nehmen sollte. Viele junge Männer, die es nicht geschafft haben, sich nach dem Krieg im Kosovo an ein ziviles Leben zu gewöhnen, wenden sich Extremisten zu, die ihnen einen neuen Sinn im Leben zu geben scheinen.

Die oft zitierte Befürchtung: „Es wird nie Frieden im Balkan geben“ scheint sich wieder einmal zu bestätigen. Auch wenn es glücklicherweise nicht nach einem „handfesten“ Krieg aussieht, so scheint zumindest die politische Lage nicht besser zu sein als zu meinen Anfängen vor drei Jahren.

3 - Die Behandlung von psychischen Störungen

Von all den von Ihnen immer wieder angefragten Themen gehört die Behandlung von Traumata und anderen psychischen Störungen zu dem am häufigsten erwähnten Problem.

Vieles hat sich nicht geändert, seit ich zum letzten Mal davon berichtet habe.

Noch immer kommt ein Psychiater auf ungefähr 90.000 Einwohner²⁰. Behandelt wird nach wie vor mit Psychopharmaka und Einweisung ins Krankenhaus. Aufgrund des Mangels an klinischen Psychologen und Psychotherapeuten können keine Psychotherapien durchgeführt werden.

Es gibt keine eigentlichen Strukturen für chronisch psychiatrische Patienten, daher warnt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) westliche Gastländer vor dem Zurücksenden solcher Patienten.

Im Moment gibt es begrenzte Möglichkeiten Erwachsenenpsychosen und Angstzustände zu behandeln.

Auf nicht-stationärer Ebene sind die möglichen Leistungen schwach. Sieben neuropsychiatrische Ambulanzen in Pristina²¹, Podujevo, Vushtrri, Klina, Mitrovica, Ferizaj und Gjilan beschäftigen einen oder zwei Neuropsychiater und ein paar Krankenschwestern.

Für akute Fälle beschäftigen die Krankenhäuser in Prizren, Peja, Gjakova und Mitrovica (dieses Krankenhaus ist albanischen Patienten nicht zugänglich)

¹⁹ *Koha Ditore*, 28.8.02, Übersetzung aus dem Englischen Ch.K.

²⁰ Weltgesundheitsorganisation (WHO), *Overview of the mental health situation in Kosovo and activities of WHO mental health unit*, März 2002

²¹ der Einfachheit halber benutze ich nur die albanischen Namen der Städte

Die 75 Betten für akute psychiatrische Fälle und 75 Betten für Neurologie in der Universitätsklinik in Pristina versorgen auch Patienten aus Gjilan, Ferizaj und Mitrovica. Alle anderen Regionen haben im Durchschnitt 30 Betten für Psychiatrie und Neurologie zusammen. Allen fehlen Material, Ärzte und Pflegepersonal. Das ganze Jahr hindurch sind 90% dieser Betten belegt. Oft handelt es sich um Patienten, die nicht nur chronische Beschwerden haben, sondern vor allem Sozialfälle sind. Die Ausnahme bildet Mitrovica, wo psychologisches Fachpersonal mit zwei von WHO gespendeten Autos Hausbesuche in den umliegenden Dörfern bieten.

Außer im Krankenhaus in Mitrovica gibt es keinerlei Behandlungsmöglichkeiten für kosovarische Serben!

Das Institut für geistig behinderte Menschen in Shtime leidet noch immer unter den selben Problemen wie schon früher beschrieben. Die eigentliche Aufnahmekapazität beträgt 100 Patienten, es befinden sich jedoch immer noch 232 Menschen dort. Das Ministerium für Gesundheit befindet weiterhin, dass keine Patienten mehr dort aufgenommen werden!

Ein Rehabilitationszentrum gibt es nicht. Alle anderen Behandlungsmöglichkeiten überfüllt, da a) chronische Patienten die Betten für akute Fälle belegen und b) die Zahl von psychologischen Störungen durch Stress (Mangel an Unterkünften, Arbeitsplätzen, Rückkehrtraumata, usw.) ist gestiegen.

Mittlerweile gibt es sogenannte regionale Zentren für psychologische Störungen. Das Zentrum in Gjakova besteht seit einem Jahr, besitzt zwei Autos und versucht damit, Hausbesuche für eine Region mit 300.000 Einwohnern abzudecken.

Prizren besitzt ebenfalls ein solches Zentrum mit zwei Ärzten und sieben Krankenschwestern für 400.000 Einwohner.

Das Zentrum in Ferizaj hat keine Behandlungsmöglichkeiten für akute Fälle. Diese werden nach Pristina überwiesen.

In Gjilan gibt es keine Behandlungsmöglichkeiten für psychische Störungen. Aufgrund des Erdbebens im Frühling dieses Jahres werden die eigentlich dafür vorgesehenen Betten für Erdbebenopfer benutzt.

Ein Zentrum für psychische Störungen in Mitrovica und Pristina sind geplant.

Für weitere aktuelle Informationen wandten wir uns diesmal an das *Rehabilitationszentrum für Folteropfer* in Pristina. Trotz dem Namen kümmert sich dieses Zentrum nicht nur um Folteropfer sondern um alle, die mit psychischen Problemen dorthin kommen.

Es gibt mittlerweile Zentren in Suha Reka, Skenderaj, Podujevo, Gjilan und Decan. 5 Psychologen stehen dem Zentrum zeitweise zur Verfügung. Nur zwei von ihnen sind klinische Psychologen. Einmal wöchentlich kommt einer der 24 Psychiater (fast es handelt sich fast ausschließlich um Neuropsychiater) zur Konsultation.

Laut der Direktorin Feride Rushiti²² reicht die Behandlungskapazität nicht einmal für die derzeitigen Fälle. Auch die von WHO geöffneten oben genannten Zentren sind ihrer Meinung „leere Hüllen“ – von wirklicher Behandlung kann keine Rede sein, da es einfach an Fachkräften mangelnd. Im ganzen Kosovo gibt es mittlerweile einen einzigen Psychotherapeuten! Dieser Therapeut bemüht sich einmal pro Woche um die Ausbildung des Personals in Rushitis Zentrum.

Trotz aller Bemühungen weiß Feride Rushiti um die Unzulänglichkeiten der Behandlung im Kosovo. Zu viele Patienten – nicht genug ausgebildete Kräfte. Einzeltherapie ist unmöglich, genauso wie ein follow-up im täglichen Leben.

Obwohl ihr Zentrum durchaus Angehörige von Minderheiten behandeln würde, traut sich einfach niemand zu ihr.

Frau Rushiti drängt mich vor allem, den deutschen Behörden nahelegen, keine traumatisierten oder ähnlich psychisch gestörten Kinder in den Kosovo zurückzuschicken, denn es gibt nur **einen Kinderpsychologen in der ganzen Provinz** (bei 2 Mio. Einwohnern) und keine psychiatrisch ausgebildete Krankenschwestern oder -pfleger.

Schlussbemerkung

Es ist vorgesehen, dass die Infostelle Mitte Oktober geschlossen wird. Im Hinblick auf die sich derzeit verschlechternde Situation im Kosovo sowie in Mazedonien und die geplante Rückkehr der Minderheiten, empfinde ich den Zeitpunkt für eine Schließung als verfrüht.

Wenn Sie sich die Berichte und Beantwortung von Einzelanfragen jedoch weiterhin als notwendig erachten, so würde ich mich freuen, wenn Sie dies Ihren entsprechenden Ansprechpartnern bei Caritas oder Diakonie mitteilen würden.

Pristina, den 17. September 2002
Christina Kaiser

²² Gespräch am 1.9.02